



Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Donnerstag 07.03.2024
Sperrfrist: 09.15 Uhr

Geschäftsbericht 2023: Leitlinien, Geschäfte, Massnahmen

Eine Übersicht über die wichtigsten Geschäfte des Bundesrates im Jahr 2023 sowie der dazugehörigen umgesetzten Massnahmen.

Leitlinien

Für die Legislaturperiode 2019 bis 2023 hat sich der Bundesrat drei Leitlinien gegeben:

- Die Schweiz sichert ihren Wohlstand und nutzt die Chancen der Digitalisierung sowie der nachhaltigen Entwicklung.
- Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.
- Die Schweiz sorgt für Sicherheit, engagiert sich für den Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt.

Leitlinie 1: Wohlstand, Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung

Im Bereich der ersten Leitlinie setzte der Bundesrat 2023 in ganz verschiedenen Bereichen Schwerpunkte, umfasst die «Sicherung des Wohlstands» doch insgesamt sechs Ziele, von der klassischen Finanz- und Wirtschaftspolitik über die Digitalisierung und die Bildung bis hin zum Verkehr.

Finanzmarktpolitik

Der Bericht «Digital Finance: Handlungsfelder 2022+» wurde am 2. Februar 2022 veröffentlicht. Darin wurden zwölf konkrete Handlungsfelder mit spezifischen Massnahmen identifiziert, welche zu verfolgen sind. Der Bundesrat hat 2023 eine Informationsnotiz zum Stand der Umsetzung in drei der Handlungsfelder (Künstliche Intelligenz, Schaffung einer Innovationsstelle, Cybersicherheit) zur Kenntnis genommen. Ferner hat der Bundesrat 2023 die Weiterentwicklung der 2022 eingeführten freiwilligen «Swiss Climate Scores» beschlossen. Die «Swiss Climate Scores» verschaffen institutionellen und privaten Anlegerinnen und Anlegern vergleichbare und aussagekräftige Informationen, inwiefern ihre Finanzanlagen mit internationalen Klimazielen verträglich sind.

Bankwesen

Der Bundesrat hat 2023 die Änderung der Eigenmittelverordnung (ERV) für Banken gutgeheissen und per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Mit dieser Vorlage werden die vom internationalen Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) verabschiedeten finalen Basel III Standards in

Schweizer Recht überführt. Weiter hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zur Einführung einer staatlichen Liquiditätssicherung (Public Liquidity Backstop, PLB) für systemrelevante Banken verabschiedet. Die Eckwerte für einen PLB zur Stärkung der Stabilität des Finanzsektors hatte der Bundesrat bereits im März 2022 beschlossen. Im März 2023 wurde der PLB im Rahmen der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS per Verordnung in Kraft gesetzt. Mit der Botschaft sollen der PLB sowie einzelne noch erforderliche Bestimmungen der Verordnung ins ordentliche Recht überführt werden.

Steuerpolitik

Der Bundesrat hat 2023 vom Vernehmlassungsergebnis zur Vorlage über die Änderung der Berufskostenabzüge von unselbständig Erwerbenden Kenntnis genommen. Die Berufskostenabzüge für unselbständig Erwerbende sollen vereinfacht und in Bezug auf die verschiedenen Arbeitsformen neutraler ausgestaltet werden. Die Ergebnisse der Vernehmlassung zeigen, dass im Bereich der Berufskosten Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat hat zudem die Eckwerte der Botschaft festgelegt.

Bundespersonal

Der Bundesrat hat 2023 die Personalstrategie 2024–2027 gutgeheissen. Sie fokussiert auf den demographischen Wandel im digitalen Arbeitsumfeld. Zudem hat der Bundesrat 2023 ein Grobkonzept mit Eckwerten und das weitere Vorgehen zur Optimierung des Lohnsystems der Bundesverwaltung genehmigt. Dabei geht es insbesondere um die Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung.

Wirtschaftspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Verordnung über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen genehmigt. Die Ergänzungssteuer wird im Inland ab dem 1. Januar 2024 erhoben. Mit dieser Ergänzungssteuer stellt die Schweiz im Inland eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent von grossen, international tätigen Unternehmensgruppen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro sicher. Weiter hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zur Standortförderung 2024–2027 verabschiedet. Er will den Fokus noch stärker auf die Schweizer KMU und die Regionen legen. Zudem sollen die Themen «nachhaltige Entwicklung» und «Digitalisierung» aufgewertet werden.

Covid-19: Finanzielle Hilfe

Der Bundesrat hat 2023 den Bericht «Covid-19-Härtefallverordnung» gutgeheissen. Mit den Härtefallhilfen wurden Unternehmen unterstützt, die während der Corona-Pandemie bedeutende Umsatzeinbussen erlitten haben. Der Bericht zeigt, dass sich dieses Instrument bewährt und den Unternehmen deutlich bei der Bewältigung der Krise geholfen hat.

Digitalisierung

Der Bundesrat hat 2023 verschiedene Varianten zur Regelung der Zusammenarbeit bei der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung zur Kenntnis genommen. Zudem hat der Bundesrat 2023 die «Strategie Digitale Bundesverwaltung» verabschiedet. Sie schafft den Rahmen für Vorhaben der digitalen Transformation in der Bundesverwaltung und stärkt das agile Vorgehen. Ferner hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID) verabschiedet. Schliesslich hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen verabschiedet. Um die Adressverwaltung zu vereinfachen, soll ein nationaler Adressdienst (NAD) geschaffen werden.

Geoinformation und Geologie

Der Bundesrat hat 2023 die Botschaft zu Neuerungen im Geoinformationsgesetz verabschiedet. Durch die Neuerungen werden Inhaber von Daten über den Untergrund verpflichtet, diese dem Bund und den Kantonen zu Zwecken der geologischen Landesaufnahme zur Verfügung zu stellen. Diese Daten dienen als Grundlage, um Georessourcen oder den unterirdischen Raum nachhaltig nutzen zu können.

Handels- und Aussenwirtschaftspolitik

Der Bundesrat hat 2023 das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich im Bereich der Finanzdienstleistungen genehmigt. Das Abkommen umfasst die Anerkennung der Gleichwertigkeit in den Bereichen Banken, Wertpapierdienstleistungen, Versicherungen, Vermögensverwaltung und Finanzmarktinfrastrukturen für professionelle Kunden.

Bildungs- und Forschungspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Vernehmlassung zur Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2025–2028 (BFI-Botschaft) eröffnet. Mit seiner BFI-Politik schafft der Bund nachhaltige Perspektiven für Individuen, Gesellschaft und Wirtschaft. Ferner hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität in der Bildung (Motetiagesetz) verabschiedet. Schliesslich hat der Bundesrat 2023 für das Horizon-Paket 2021–2027 Übergangsmassnahmen für die Ausschreibungen 2023 beschlossen.

Verkehrspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Botschaft zur Änderung des Eisenbahngesetzes verabschiedet. Damit will er den grenzüberschreitenden Bahnverkehr langfristig stärken. Sodann hat der Bundesrat 2023 die neue Langfriststrategie «Perspektive BAHN 2050» und die Botschaft zum Stand der Eisenbahn-Ausbauschritte verabschiedet.

Leitlinie 2: nationaler Zusammenhalt und internationale Zusammenarbeit

Im Bereich der zweiten Leitlinie, die der nationalen Kohäsion und der internationalen Zusammenarbeit gewidmet ist, setzte der Bundesrat 2023 Akzente in der Gesundheits- und Sozialpolitik, beschäftigte sich mit Kultur aber auch mit der Menschenrechtspolitik.

Kulturpolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2025–2028 eröffnet. Er hat dabei sechs Handlungsfelder definiert, die den gesamten Kultursektor betreffen. Dazu gehören unter anderem die digitale Transformation, die Arbeitsbedingungen, die Nachhaltigkeit oder die verstärkte Kooperation. Weiter hat der Bundesrat 2023 den «Bericht über die Rahmenbedingungen für eine Landesausstellung» gutgeheissen. Der Bericht legt unter anderem die Rollen der Akteure dar, skizziert das bundesseitige Vorgehen und präsentiert Überlegungen zu einem Prüfverfahren für eine Landesausstellung sowie zu einer allfälligen Projekt-Selektion.

Jugendpolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Vernehmlassung zur Verordnung zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) eröffnet. Das JSFVG regelt Alterskennzeichnungen und Alterskontrollen für Filme und Videospiele schweizweit einheitlich.

Familienpolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (FamZG) verabschiedet. Die Familienzulagen sollen zu gleichen Teilen von allen Arbeitgebern und Selbständigen finanziert werden.

Gesellschaftspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Änderung der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) gutgeheissen und auf den 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt. Mit der Reform AHV 21 wird die AHV finanziell stabilisiert und das Rentenniveau bleibt erhalten. Das Rentenalter liegt künftig für Frauen und Männer bei 65 Jahren. Sodann hat der Bundesrat 2023 den Bericht «Demografische Entwicklung und Generationenbeziehungen» gutgeheissen. Der Bericht gibt einen Überblick über die Arbeiten des Bundes im Hinblick auf den demografischen Wandel und dessen Auswirkungen auf die betroffenen Politikbereiche und die Beziehungen zwischen den Generationen.

Sozialpolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Änderung der Verordnung über die Invalidenversicherung gutgeheissen und per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt. Die Bemessung des Invaliditätsgrades von

Versicherten, bei welchen kein Vergleich des effektiven Einkommens vor und nach der Invalidität möglich ist, soll damit verbessert werden.

Gesundheitspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Botschaft zur Teilrevision des Transplantationsgesetzes verabschiedet. Die Qualität von Organen, Geweben und Zellen soll besser überwacht und das Risiko der Übertragung von Krankheiten verringert werden. Weiter hat der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Heilmittelgesetzes eröffnet. Das Gesetz soll die Medikationsicherheit durch einen verstärkten Einsatz digitaler Instrumente erhöhen. Schliesslich hat der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Epidemiengesetzes (EpG) eröffnet. Diese Teilrevision soll es Bund und Kantonen ermöglichen, in enger Zusammenarbeit die Gesundheit der Bevölkerung vor künftigen Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten oder Antibiotikaresistenzen zu schützen und die entsprechenden Präventionsmassnahmen rechtzeitig zu ergreifen.

Gesundheitsversorgung

Der Bundesrat hat 2023 die Revision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) verabschiedet und auf den 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1b). Mit der Einführung eines Kostenmonitorings in den Tarifverträgen werden Leistungserbringer und Versicherer verpflichtet, Massnahmen zur Steuerung der Kosten vorzusehen, falls die Kosten übermässig steigen.

Digitale Transformation im Gesundheitswesen

Der Bundesrat hat 2023 das Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) verabschiedet. Damit will er die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben und die verschiedenen Akteure besser vernetzen. Ferner hat der Bundesrat 2023 die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) eröffnet. Alle behandlungsrelevanten Informationen können darin abgelegt werden und sind jederzeit abrufbar.

Europapolitik

Der Bundesrat hat 2023 den Entwurf eines Mandates für Verhandlungen mit der EU verabschiedet. Das Mandat enthält die Leitlinien für die Verhandlungen. Des Weiteren hatte der Bundesrat 2022 acht bilaterale Abkommen im Bereich Kohäsion im Rahmen des zweiten Beitrags der Schweiz an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten genehmigt. Für die fünf zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden Abkommen (Lettland, Litauen, Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien) wurde ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren durchgeführt. Der Bundesrat wurde 2023 darüber informiert.

Aussenpolitik

Der Bundesrat hat 2023 eine regionale Strategie für die südostasiatischen Staaten verabschiedet. Die Bedeutung Südostasiens nimmt stetig zu. Die elf Länder der Region bilden zusammen den fünftgrössten Wirtschaftsraum der Welt. Mit dieser Strategie diversifiziert die Schweiz ihr Beziehungsnetz in Asien-Pazifik. Der Bundesrat hat 2023 beschlossen, dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) einen Beitrag von 68 Millionen Franken für den Zeitraum 2023–2024 zu gewähren. Er trägt damit zur Bewältigung der beispiellosen Ströme von Menschen bei, die aufgrund von Konflikten gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Ebenfalls hat der Bundesrat 2023 im Nachgang zu den Terroranschlägen vom 7. Oktober 2023 und der militärischen Reaktion Israels zusätzliche Mittel in der Höhe von 90 Millionen Franken für die humanitäre Nothilfe in der Region beantragt.

Menschenrechtspolitik

Der Bundesrat hat 2023 die Stellungnahme zu den Empfehlungen verabschiedet, die der UNO-Menschenrechtsrat im Rahmen der vierten Allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) an die Schweiz gerichtet hat. Von den 317 Empfehlungen hat der Bundesrat 209 angenommen. Er akzeptierte insbesondere Empfehlungen in folgenden Bereichen: Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, bessere Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen, Verstärkung der Massnahmen gegen Hassreden und Diskriminierung, insbesondere Sensibilisierung für Rassendiskriminierung, und Einbezug von Menschen mit Behinderungen.

Leitlinie 3: Sicherheit im umfassenden Sinne, Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlage

Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Bundesrates im Bereich der dritten Leitlinie – Sicherheit und Natur im umfassenden Sinne – betrafen 2023 einerseits wichtige Beschlüsse in der Sicherheitspolitik. Daneben traf der Bundesrat zahlreiche Entscheide betreffend Energie und befasste sich auch mit der Cybersicherheit.

Migrationspolitik

Der Bundesrat hat 2023 das Resettlement-Programm für die Jahre 2024 und 2025 verabschiedet. In diesem Zeitraum kann die Schweiz bis zu 1600 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen, die sich in einer prekären Lage in Erstaufnahmeländern befinden. Das Programm wird jedoch erst nach Absprache mit den Kantonen und Gemeinden aktiviert. Ausserdem hat der Bundesrat 2023 den Schlussbericht «reFRONT Überprüfung der Zusammenarbeit im Grenzkontrollbereich» zur Kenntnis genommen. Die im Abschlussbericht vorgeschlagenen Empfehlungen sehen eine intensivere, wirkungsorientiertere und stärker institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Grenzkontrollbehörden vor.

Kriminalität

Der Bundesrat hat am 2023 einen Gesetzesentwurf zur Stärkung der Geldwäscherei-Bekämpfung in die Vernehmlassung geschickt. Mit einem eidgenössischen Register der wirtschaftlich berechtigten Personen, Sorgfaltspflichten für besonders risikobehaftete Tätigkeiten in Rechtsberufen sowie weiteren Bestimmungen sollen die Integrität und die Wettbewerbsfähigkeit des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Schweiz weiter gestärkt werden.

Sicherheitspolitik

Der Bundesrat hat 2023 beschlossen, dass die Bundeskanzlei zusammen mit dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sowie den Kantonen eine Integrierte Übung 2025 (IU 25) organisieren werden. Bund und Kantone können somit die Bewältigung von Krisensituationen mit verschiedenen thematischen Aspekten im Verbund und in Zusammenarbeit mit Dritten üben. Der Bundesrat hat im gleichen Jahr die Armeebotschaft 2023 verabschiedet, mit welcher den eidgenössischen Räten Verpflichtungskredite von 1,9 Milliarden Franken unterbreitet werden. Damit werden unter anderem weitere Radschützenpanzer und zusätzliche Munition für die Bodentruppen beschafft. Weiter werden die Fähigkeiten der neuen bodengestützten Luftverteidigung Patriot erweitert. Zudem wird die Cyberabwehr weiter ausgebaut. Schliesslich werden Immobilien auf die Zukunft ausgerichtet. Der Bundesrat hat 2023 ausserdem entschieden, das Informationssicherheitsgesetz (ISG) und seine vier Ausführungsverordnungen per 1. Januar 2024 in Kraft zu setzen. Das Gesetz und seine vier Ausführungsverordnungen legen für alle Behörden und Organisationen des Bundes einheitliche Mindestanforderungen an die Informationssicherheit basierend auf internationalen Standards fest.

Energiepolitik

Der Bundesrat hat 2022 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten eröffnet und 2023 das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Kenntnis genommen und die Botschaft zum Bundesgesetz bereits verabschiedet. Mit dem neuen Gesetz sollen den Marktteilnehmern, gewisse Pflichten auferlegt werden: Registrierung bei der Aufsichtsbehörde, Übermittlung der für die Marktaufsicht notwendigen Informationen sowie Veröffentlichung von Insiderinformationen. Des Weiteren zielt die Gesetzesvorlage darauf ab, unzulässiges Marktverhalten wie etwa Ausnützung und Weitergabe von Insiderinformationen und Marktmanipulation durch Strafandrohung zu unterbinden. Ausserdem hat der Bundesrat 2023 den Bericht «Fossilfreien Verkehr bis 2050 ermöglichen» gutgeheissen. Dieser empfiehlt, die Umstellung auf einen fossilfreien Verkehr bis 2050 grundsätzlich im Gleichschritt und analog zu den Massnahmen der EU umzusetzen. Schlussendlich hat der Bundesrat 2023 die Botschaft zur Änderung des Energiegesetzes verabschiedet. Der sogenannte Beschleunigungserlass sieht unter anderem vor, Bewilligungsverfahren für grosse Anlagen zu straffen und den Planungsprozess für den Ausbau des Stromnetzes zu vereinfachen.

Umweltpolitik

Der Bundesrat hat 2023 den Verpflichtungskredit für die Sanierung von Altlasten zuhanden des Parlaments verabschiedet. Für die kommende Periode von 2024 bis 2029 ist eine Erhöhung des Kredits um 25 Millionen Franken auf insgesamt 265 Millionen Franken notwendig. Der Verpflichtungskredit wird durch die Erträge aus der Altlastenabgabe gedeckt. Des Weiteren hat der Bundesrat 2023 die Änderung der Jagdverordnung gutgeheissen. Er erleichtert damit den Abschuss von Wölfen. Die wachsenden Wolfsbestände stellen insbesondere die Berggebiete vor grosse Herausforderungen.

Nachhaltigkeitspolitik

Der Bundesrat hat 2023 den Bericht «Wirkung des Aktionsplans Biodiversität AP SBS» zur Kenntnis genommen. Die Wirkungsanalyse des Aktionsplans Strategie Biodiversität Schweiz 2017–2023 zeigt, dass viele Massnahmen zugunsten der Natur eingeleitet wurden oder schon umgesetzt sind. Darauf basierend hat der Bundesrat beschlossen, die Laufzeit der ersten Phase des Aktionsplans um ein Jahr – bis Ende 2024 – zu verlängern. Zugleich hat er entschieden, einen Massnahmenplan für die zweite Umsetzungsphase von 2025 bis Ende 2030 auszuarbeiten sowie die Ziele der Strategie Biodiversität zu überprüfen.

Cyberrisiken

Der Bundesrat hat 2023 die rechtlichen Grundlagen angepasst und das Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) nimmt per 1. Januar 2024 seine Tätigkeiten auf. Das BACS wird grundsätzlich die Tätigkeiten weiterführen, die es als Nationales Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) bisher ausgeübt hat. Es ist das Kompetenzzentrum des Bundes für Cyberbedrohungen und damit erste Anlaufstelle für die Wirtschaft, Verwaltung, Bildungseinrichtungen und die Bevölkerung bei Cyberfragen. Ausserdem hat der Bundesrat 2023 die neue Nationale Cyberstrategie (NCS) gutgeheissen. Die Strategie zeigt auf, mit welchen Zielen und Massnahmen der Bund und die Kantone gemeinsam mit der Wirtschaft und den Hochschulen den Cyberbedrohungen begegnen wollen.